

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Stadtbezirksrates Buchholz-Kleefeld am 18.08.2016

TOP 5.

Sachstandsbericht Flüchtlinge im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld

Frau Rembecki berichtete zunächst über die vorhandenen und im Anschluss über die geplanten Flüchtlingsunterkünfte im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld. In den Unterkünften im Stadtbezirk Am Annateich, in der Pasteurallee (im ehemaligen Oststadtkrankenhaus) und in der Modulanlage Feodor-Lynen-Straße waren zum Stand 10.08.2016 777 Personen untergebracht. Am Annateich waren es 46 Personen, davon 3 Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren. Die Geschlechteraufteilung sei wie folgt: 12 Personen weiblich und 34 Personen männlich. Es leben dort Menschen aus 22 Nationen zusammen, die am meisten vertretenen Nationen seien Afghanistan, Somalia und Syrien.

In der Pasteurallee leben zurzeit 635 Personen, davon 53 Kinder im Alter von von 0 bis 17 Jahren. Die Geschlechteraufteilung sei ungefähr 1/7 weiblich, 6/7 männlich. Es würden dort Menschen aus 34 Nationen zusammenleben, die drei am meisten vertretenen Nationen seien Sudan, Irak und Algerien.

In der Modulanlage in der Feodor-Lynen-Straße seien 96 Personen untergebracht, davon 12 Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren. Die Modulanlage werde seit dem 20.06.2016 belegt. Die Geschlechteraufteilung sei wie folgt: 19 Personen weiblich und 77 Personen männlich. Es leben dort Menschen aus 20 Nationen zusammen. Die am meisten vertretenen Nationen seien Sudan, Irak und Syrien.

Folgende Standorte seien in Planung:

Osterfelddamm/Ecke Baumschulenallee: Es handele sich um eine Modulanlage in Holzrahmenbauweise. Diese sei für die Unterbringung von ca. 170 Personen vorgesehen. Der Fachbereich Tiefbau habe Ende Mai in einer vor Ort verteilten Anliegerinformation darüber informiert, dass die vorbereitenden Maßnahmen im Juni beginnen und mit Straßen-, Leitungs-, Hoch- und Außenanlagenbau voraussichtlich bis Oktober 2016 dauern werden. Während dieser Zeit könne es vorübergehend zu Verkehrsbehinderungen und Beeinträchtigungen durch die Bautätigkeit kommen. In dieser Zeit bittet die Verwaltung darum, auf die ausgeschilderten Verkehrsregeln zu achten. Aktuell könne berichtet werden, dass die Leistung der Bodenabfuhr erfolgt sei und die Grundleitungsarbeiten starten würden. Ohne jegliche Betrachtung von Bauzeiten verlängernden Einflüssen, wie z. B. Witterung sei eine bauliche Fertigstellung der Maßnahme auf Anfang 2017 avisiert.

Nikolaas-Tinbergen-Weg: Für das Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung bestehe Planungsrecht. Die Baugenehmigung sei erteilt und die GBH habe ein Unternehmen mit dem Bau beauftragt. Geplant sei mit dem Beginn zumindest in diesem Jahr. Es werde mit einer Bauzeit von ca. 9 Monaten gerechnet. Es sollen dort 80 Personen untergebracht werden. Die Nußriede sei ebenfalls ein Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung, bei dem Planungsrecht bestehe. Die GBH habe den Bauantrag gestellt. Die Baugenehmigung liege noch nicht vor. Der Beginn sei in diesem Jahr geplant. Absehbar sei, dass die Baumaßnahme in die Winterperiode falle. Es werde mit einer Bauzeit von ca. 9 Monaten gerechnet. Die Unterbringung von ca. 90 Personen sei geplant.

Im Dorfmarkhof, ebenfalls ein Wohnungsneubauvorhaben für die Flüchtlingsunterbringung sei der Bau von 13 Gartenhofhäusern geplant. Die Einreichung der Bauanzeige solle voraussichtlich im September 2016 erfolgen. Angestrebter Baubeginn sei Ende dieses Jahres. Hier sei eine Unterbringung von ca. 80-90 Personen geplant.

Bei der Lathusenstraße handele es sich um ein Wohnungsneubauvorhaben für Flüchtlingsunterbringung. Die Zusatzversorgungskasse (ZVK) beabsichtige die südliche Teilfläche der ehemaligen Kleingartenkolonie „Niedersachsen“ zum Neubau von Wohnungen zu erwerben. Derzeit würden die Kaufverhandlungen mit dem Fachbereich Wirtschaft laufen. Die

ZVK plane rund 70 Wohnungen im Neubau bis voraussichtlich Anfang 2019 zu realisieren. Es sei beabsichtigt, die Wohnungen zunächst zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Anschließend würden die Wohnungen über die ZVK frei vermietet. Die bisherige grobe Zeitplanung sehe vor, dass das Jahr 2016 für den Grunderwerb, die Planung und die Vorbereitung der nötigen Ausschreibungen genutzt werde. Der Baubeginn solle voraussichtlich zur Jahresmitte 2017 erfolgen. Mit der Fertigstellung sei Ende 2018/ Anfang 2019 zu rechnen.

Beim Standort Podbielskistraße/Corinthstraße handele es sich um eine Modulanlage. Es sollen ca. 70 Personen dort untergebracht werden. Die Planung sei noch nicht abgeschlossen. Die Inbetriebnahme sei daher fraglich.

Standort Leichtbauhallen in der Milanstraße: In der Drucksache Nr. 1415/2016 „Erhöhung der Flüchtlingskapazität zur Aufnahme von Flüchtlingen in der LHH: Leichtbauhallen“ sei das weitere Vorgehen beschrieben. Am Standort Milanstraße werde festgehalten. Die Beschaffung und Aufstellung werde erst dann vorgenommen, wenn dies zur Schaffung erforderlicher Unterbringungskapazitäten notwendig sei. Mit der Herrichtung der Fläche wurde in den Abgrenzungen begonnen, wie dies in der Drucksache dargestellt sei. Die Flächen werden planiert und soweit vorbereitet, dass im Bedarfsfall die Leitungs- und Fundamentierungsarbeiten durchgeführt werden können. Nach Abschluss der Erd- und Planierungsarbeiten werden die Flächen in einem verkehrssicheren Zustand versetzt. Bei der Milanstraße werde Rasen eingesät.

Bezirksratsherr Plotzki bemerkte, dass die Fläche Osterfelddamm/Ecke Baumschulenallee für eine Modulanlage hergerichtet werden solle. Bei den momentanen Baumaßnahmen entstehe der Eindruck, dass es sich nicht um eine temporäre Anlage handeln würde. Der Boden werde massiver ausgekoffert als beispielsweise der Boden bei der Milanstraße. Er fragte nach, ob hier dauerhaftes Wohnen geplant sei.

Frau Rembecki antwortete, dass ihr nicht bekannt sei, dass die Verwaltung dort dauerhaftes Wohnen planen würde. Es handele sich um eine Fläche für eine Modulanlage und diese werde nach dem Abbau von dieser wieder so hergerichtet, wie sie der Sportverein benötige.

Bezirksratsherr Plotzki bat zu Protokoll zu beantworten, ob nicht doch eine andere Nutzung geplant sei.

Protokollantwort des Fachbereiches: Die Vorbereitung des Untergrundes ergibt sich aus der Bodenbeschaffenheit und der darauf aufbauenden Baumaßnahme und muss natürlich bei mehrgeschossigen Modulbauten umfangreicher ausfallen als bei Leichtbauhallen.

Auf die Nachfrage von **Bezirksratsherrn Hunze**, wie viele Flüchtlinge es im gesamten Stadtgebiet gebe, antwortete **Frau Rembecki**, dass Ende Juli 4.391 Personen untergebracht waren und sich an der Quote von noch unterzubringenden Personen von 5.475 nichts geändert habe.

Bezirksratsherr Hunze stellte fest, dass es einen Rückgang von ca. 160 Flüchtlingen im gesamten Stadtgebiet gebe. Er fragte nach, ob die neuen Standorte noch benötigt werden und ob die Quote noch akut sei

Frau Rembecki wies darauf hin, dass es sowohl Zu- als auch Abgänge in den Unterkünften gebe. Durch bearbeitete Anträge gebe es Änderungen in dem ausländerrechtlichen Status. Aus den Unterkünften heraus würden Personen in Wohnungen ziehen und so seien die wechselseitigen Zahlen zu verstehen. Soweit das Land die Quote ändere, werde die Stadt Hannover informiert. Aufgrund der momentanen Quote seien 5.475 Personen in Hannover unterzubringen.

TOP 5.1.

EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE

Die Fragestunde wurde von 19.03 Uhr bis 19.08 Uhr durchgeführt.

Ein Einwohner fragte nach, warum nicht die Flüchtlinge aus demselben Land gemeinsam untergebracht werden würden. Bei der Aufzählung habe er das Gefühl gehabt, dass im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld mehr Flüchtlinge aufgenommen worden seien, als in anderen Stadtbezirken. Hierzu müsste der Bezirksrat klar Stellung beziehen und auf andere Stadtbezirke verweisen.

Frau Rembecki bemerkte, dass - soweit dies möglich sei -, Flüchtlinge aus einem Land auch gemeinsam unterbracht werden. Wichtiger sei jedoch, vermehrt Umzüge und damit Unruhe zu vermeiden. Auch sei darauf zu achten, dass Frauen und Familien gesondert untergebracht werden. Sie erläuterte dies ausführlich. Sie verwies im Hinblick auf die Verteilung der Flüchtlinge auf eine Informationsveranstaltung von Herrn Oberbürgermeister Schostok, in der er auf die Sorgen der anwesenden Personen eingegangen sei und darauf hingewiesen habe, dass geschaut werden müsse, wo Flächen für Modulanlagen und kurzfristige Unterbringung zur Verfügung stünden. Die Stadt Hannover bemühe sich – soweit dies möglich sei – um eine Standortgerechtigkeit.

Auf die Nachfrage von **einer Anwohnerin**, ob der Bauzaun in der Milanstraße auch entfernt werde, antwortete **Frau Rembecki**, dass die Fläche wieder frei gegeben werde.

Eine Einwohnerin fragte nach, ob es Zahlen gebe, wie viele Flüchtlinge noch kommen würden bzw. durchschnittlich in den letzten Monaten gekommen seien.

Frau Rembecki wies darauf hin, dass es für die Zukunft keine konkreten Zahlen gebe. Die durchschnittlichen Zahlen für die Vergangenheit werden zu Protokoll beantwortet.

Antwort zu Protokoll:

Datum		04.05.2016	18.05.2016	01.06.2016	15.06.2016	29.06.2016	13.07.2016	27.07.2016	10.08.2016	24.08.2016
insgesamt untergebracht		4456	4538	4563	4533	4481	4338	4391	4298	4281

Von den 4.281 untergebrachten Flüchtlingen (Stand 24.08.2016) leben derzeit noch ca. 1.500 Menschen in Notunterkünften. Damit auch diese Menschen zukünftig in Unterkünften, die den Standards aus dem Ratsbeschluss entsprechen, leben können, ist die Schaffung neuer Unterkünfte erforderlich. Des Weiteren müssen bis zum 30.09.2016 noch weitere 5.442 Flüchtlinge gemäß der geltenden Quote aufgenommen werden, auch für diese ist qualifizierter Wohnraum zur Verfügung zu stellen. s. a. Drucksache Nr. 2087/2016.

Bezirksratsherr Hunze bemerkte, dass der Anteil der Flüchtlinge im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld 17,7 % betrage und damit eine deutliche Überbelegung vorliege.